HEINRICH BÖLL STIFTUNG
NORTH AMERICA

Anlässlich der diesjährigen Präsidentschaftswahlen in den USA bietet das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington, DC eine Analyseserie an, die sich mit thematischen Schwerpunkten und den Programmen und Kampagnen der Kandidaten beschäftigt. Das Ziel unserer Initiative ist, ein genaueres Bild aktueller Themen, der politischen Konstellationen und neuerer Entwicklungen in den USA zu vermitteln. Wir werden darüber hinaus versuchen aufzuzeigen, welche Konsequenzen mit einer neuen Administration in Washington im kommenden Jahr für die transatlantischen Beziehungen zu erwarten sind.

Den Auftakt unserer Analysen bildet der Schwerpunkt Klimapolitik. Das erste Policy Paper aus unserem Büro trägt den Titel **„Die Rolle der Klimapolitik in den Präsidentschaftswahlen 2008“** und untersucht, wie Klimaschutzthemen im Wahlkampf thematisiert wurden und welche Faktoren in der weiteren Auseinandersetzung die Debatte beeinflussen könnten. Auch analysieren wir die Positionierung der verschiedenen Kandidaten und beschreiben ihre programmatischen Vorstellungen zu Energie- und Klimapolitik.

Das zweite Policy Paper zum thematischen Schwerpunkt Klimaschutz beleuchtet die aktuelle amerikanische Energie- und Klimapolitik auf regionaler und Bundesebene. In dem Papier **„US-Wahlen 2008 - Beginn einer neuen Ära in der US-Klimapolitik?“** werden Entwicklungen in Städten und einzelnen Bundesstaaten skizziert und die politischen Kräfteverhältnisse im US-Kongress beschrieben. Auf Grundlage dieser Informationen versuchen wir, Tendenzen einer künftigen US-Klimapolitik und deren Auswirkungen auf die internationalen Klimaverhandlungen anzudeuten.

Weitere Policy Papers werden sich in den kommenden Wochen und Monaten mit den Themen, Außenpolitik, Migration und Handel und Wirtschaft beschäftigen. Wenn Sie (und Ihr) Interesse an spezifischen Themen oder Fragestellungen haben, freue ich sehr mich über Anregungen und Rückmeldungen.

Helga Flores Trejo
Direktorin, Heinrich-Böll-Stiftung, Büro Washington

Die Rolle der Klimapolitik in den Präsidentschaftswahlen 2008

von Katherine Stainken[1]

Der Klimawandel findet mehr Beachtung. Vor zehn Jahren, ja selbst vor vier Jahren, in der letzten Wahlkampagne für das Präsidentenamt zwischen George W. Bush und Senator John Kerry (D-MA), spielte der Klimawandel nur eine unbedeutende Rolle im Wahlkampf, den Debatten und letztlich in der Wahlentscheidung der einzelnen Wähler. Doch in diesem Jahr gewinnt der Klimawandel als ein ernstes Problem für die Wähler langsam an Bedeutung. Im Gefolge des Hurrikane Katrina, der Wildfeuer in Kalifornien und Al Gores beliebtem Film (und Nobelpreis) *Eine unbequeme Wahrheit* zeigen die Wähler ein Interesse am Klimaprogramm der einzelnen Kandidaten. In einer von der *Associated Press-Stanford University* vom 21. – 23. September 2007 bundesweit durchgeführten Meinungsumfrage waren 59 Prozent der befragten Erwachsenen der Meinung, dass die Erderwärmung ein „sehr ernstes" Problem für die Welt werden würde, wenn nichts getan würde, um hier Abhilfe zu schaffen. Zwanzig Prozent antworteten mit „in gewissem Maße ernst" und nur 8 Prozent sagten, es sei „überhaupt nicht ernst". Obgleich die Meinungsumfragen auch zeigen, dass für die amerikanischen Wähler der Klimawandel erst nach ihrer Sorge um die Wirtschaft, den Irakkrieg und die Krankenversicherung eingestuft wird, gibt es auf den Webseiten aller Präsidentschaftskandidaten (bzgl. Links siehe unten) ein Programm für die Klimapolitik, was ganz sicher ein Novum für diese Wahl darstellt. Eine vom *Pew Research Center* im Januar 2008 durchgeführte Meinungsumfrage zeigte, dass 47 Prozent der Demokraten, 12 Prozent der Republikaner und 38 Prozent der nicht einer politischen Partei angehörenden Wähler die Bekämpfung des Klimawandels als oberste Priorität einstuften. Selbst Senator Hillary Clinton (D-NY) wird wie folgt zitiert, „Wo immer ich bin, spreche ich darüber [den Klimawandel] in dem Versuch ihn in die Blutbahn der Präsidentschaftskampagne einzuführen." Die Fragen des Klimawandels werden vielleicht nicht direkt angesprochen, werden aber im Rahmen von anderen politischen Themen, wie etwa in Bezug auf die innere Sicherheit und die Zukunft der U.S. Energieversorgung, die Wirtschaft und den Irakkrieg – also all den intensiv diskutierten Themen – behandelt.

Ja, der Klimawandel gewinnt in der U.S. Politik an Bedeutung. Statt nur ein Thema für die Diskussion unter Demokraten zu sein, beginnt bei den Republikanern die Einsicht Platz zu greifen, dass es für die kommende Wahl ein wichtiges Thema ist. Die Republikaner schreiben den Verlust ihrer Mehrheit im Kongress bei den Wahlen 2006 der Tatsache zu, dass die Wechselwähler damals sich von ihrer Partei abgewandt und in der Klimapolitik für die Demokraten gestimmt hatten. Die Republikaner verstehen inzwischen, dass der Klimawandel auch für die konservative Politik ein Thema sein kann und für bestimmte Wählergruppen von Interesse ist, weshalb Klimafragen im Wahlkampf bisher zumindest in einem bescheidenen Maße aufgetaucht sind.

Bei einem Vergleich der Programme der einzelnen Kandidaten zum Klimawandel und angesichts der bisher geringen Bedeutung der Klimafragen in der Politik zeigt sich, dass es nun zwei mögliche Wege gibt: einen ersten, wo die Kandidaten weiterhin die Fragen des Klimawandels betonen, um sich in ihrer Politik und ihren Programmen noch besser zu profilieren, oder einen zweiten, bei dem die Klimafragen im Vergleich zu den anderen Themen, in denen sich die Kandidaten stärker unterscheiden, wie etwa bei der Krankenversicherung und Wirtschaftspolitik, in den Hintergrund treten. Dieser Artikel

[1] Die Autorin ist Mitarbeiterin der Heinrich-Böll-Stiftung Washington DC im Umweltprogramm.

liefert einen Einblick in bestimmte im Laufe des Wahlkampfes noch zu erwartende Themen und stellt dar, dass im Verlauf des Wahlkampfes Klimafragen weiterhin thematisiert werden. Angesichts eines auf 100 US-Dollar pro Barrel gestiegenen Ölpreises könnten die Wähler sehr wohl die Klimapolitik ins Kalkül ziehen, wenn es darum geht, den 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten zu wählen.

1. Die Klimapolitikprogramme der führenden Kandidaten

Grundsätzlich kann man sagen, dass die führenden Kandidaten, Senator Barack Obama (D-IL), Senatorin Clinton, Senator John McCain (R-AZ), und der frühere Gouverneur von Arkansas, Mike Huckabee, in ihrer Klimapolitik keine sehr großen Unterschiede aufweisen. Grob gesprochen sind sie der Meinung, dass der Klimawandel für die Vereinigten Staaten und die anderen Länder der Welt ein Problem darstellt. Zweitens unterstützen alle ein Cap-and-Trade-System zur Reduzierung der Schadstoffemissionen: Die großen Umweltverschmutzer und Energieerzeuger erhalten Anteilszertifikate für die Emission von Kohledioxiden. Drittens unterstützen sie alle effizientere Kraftstoffverbrauchsnormen - Clinton 40 mpg im Jahr 2017, Obama 50 mpg im Jahr 2025 und Huckabee 35 mpg im Jahr 2020. McCain hat sich noch nicht auf einen Zielwert festgelegt.

Die programmatischen Unterschiede zwischen den demokratischen und republikanischen Kandidaten bestehen in den Details der jeweiligen Klimapolitik. Clinton und Obama gehen bei der Reduzierung der Schadstoffemissionen um einen Schritt weiter und fordern eine Verringerung der Treibhausgase um 80 Prozent bis zum Jahr 2050, indem sie das dem Senat vorliegende Gesetz mit der Bezeichnung „Global Warming Pollution Reduction Act" unterstützen, wonach die Schadstoffemissionen bis 2020 auf das Niveau von 1990 reduziert werden und anschließend in den folgenden Jahrzehnten eine lineare Reduzierung vorgesehen wird. Clinton und Obama befürworten auch eine 100prozentige Auktionierung der handelbaren Zertifikate. Im Gegensatz dazu hat McCain noch keine exakten Zielwerte angegeben, obwohl seine populäre Gesetzesvorlage mit der Bezeichnung „McCain-Lieberman Bill", die von Clinton und Obama trotz der niedrigen Zielgrößen dennoch unterstützt wird, eine Reduzierung der Treibhausgase um 65 Prozent bis 2050 vorsieht. Auch Huckabee ist für ein Cap-and-Trade-System, nennt aber keine Einzelheiten – er sagt einfach, was die Menschen hören wollen.

In der Frage der Kernenergie haben die Kandidaten unterschiedliche Positionen, und das ist möglicherweise das einzige Thema, wo Clinton sich von Obama unterscheidet. Clinton ist in dieser Frage „agnostisch", d.h. sie ist keine Befürworterin der Kernkraft, solange die Fragen der Abfälle und Lagerung nicht gelöst sind. Sie ist auch besorgt, dass Kernkraftwerke Ziele eines terroristischen Anschlages werden könnten. Sie ist gegen die Lagerung des Atommülls im Yucca Mountain in Nevada, einem Thema, das die Aufmerksamkeit der Medien auf sich gezogen hat, da das Projekt nicht ausreichend finanziert ist und da einige Indianerstämme in dem gebirgigen Gelände ihre geheiligten Gründe haben. Obama ist der Kernkraftfrage gegenüber offen, da Kernkraft seiner Meinung nach ein Teil des Energiemixes sein könnte, aber er teilt die Meinung, dass die Fragen des Atommülls und der Endlagerung zuerst gelöst werden müssen. Bis März 2007 erhielt er 159.800 US-Dollar an Spenden von Exelon, dem größten amerikanischen Kernkraftwerksbetreiber. Trotzdem ist er jedoch gegen große staatliche Subventionen für die Kernenergiewirtschaft und ist gegen die Lagerung der Atomabfälle im Yucca Mountain in Nevada. Sowohl McCain wie auch Huckabee sind für die Kernenergie.

Letztlich spricht die Vorgeschichte der jeweiligen Kandidaten lauter als ihre Worte. Vor kurzem hat die Umweltschutzorganisation *League of Conservation Voters* die Beurteilung der einzelnen Kandidaten für das vergangene Jahr herausgegeben, aus der dann das lebenslange Umwelt-Rating als Durchschnittswert berechnet wird. Clinton erhielt den besten Wert mit 87 Prozent, Obama lag mit 86 Prozent um einen Prozentpunkt dahinter. McCain erhielt 24 Prozent. Nimmt man nur das Jahr 2007 hat Clinton noch immer den höchsten Wert mit 73 Prozent, Obama hat 67 Prozent und McCain 0 Prozent, da er an keiner der 15 für die Berechnung herangezogenen Abstimmungen teilgenommen hatte. Da Huckabee früher Gouverneur von Arkansas und somit nicht Bundespolitiker mit einer Abstimmungsvorgeschichte ist, konnte er auch nicht eingestuft werden.

Die in Anhang A enthaltene Tabelle erläutert einige der wichtigsten Einzelheiten der Klimapolitik der einzelnen Kandidaten.

a. Clinton

Clintons Klimaprogramm ist bei weitem das umfassendste und detaillierteste. Sie hat sogar die Unterstützung von Robert F. Kennedy, Jr., erhalten, obwohl die restliche Kennedyfamilie Obama unterstützt. Die wichtigsten Punkte in Clintons Wahlkampfprogramm umfassen folgendes: allmählicher Ersatz der Glühbirnen, Besteuerung der überhöhten Profite der Ölgesellschaften und Kürzung ihrer steuerlichen Vorteile, um über die nächsten zehn Jahre 50 Milliarden US-Dollar Steuern zu erheben – das ist ein Teil eines Planes, den sie den *Strategic Energy Fund* (SEF, strategischen Energiefonds) nennt. Diese Mittel würden dann in saubere Energietechnologien investiert werden: in die erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Ihr SEF soll ein Drittel der von ihr vorgeschlagenen zehnjährigen Investitionen für eine neue Energiezukunft in Höhe von 150 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen. Bezüglich der Kraftstoffeinsparung hält sie ihr Wort und schlägt vor, der U.S. Autoindustrie 20 Milliarden US-Dollar in Form von „Green Vehicle Bonds" [grünen Kfz-Bonds] zwecks Erreichung dieses Ziels zur Verfügung zu stellen. Für die grüne Bauwirtschaft hat sie große Pläne, einschließlich einer Auflage, dass alle nach dem 20. Januar 2009 konstruierten Bundesgebäude Bauten mit Nullemission sein müssen. Außerdem will sie im Laufe des nächsten Jahrzehnts 5 Millionen Arbeitsplätze im Bereich *Clean-Energy* schaffen. Clinton spricht aber nicht nur umweltfreundlich, sie setzt ihre Politik auch um, da sie ihren Wahlkampf im April 2007 auf „carbon-neutral" [kohlendioxidneutral] umgestellt hat.

b. Obama

Obama erklärte bereits, dass er, sobald er zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten ernannt ist, die amerikanische Position zu einem das Kyoto-Protokoll ablösenden Vertrag zu erarbeiten beginnen und dazu Klimaexperten zu seiner Unterstützung heranziehen wird. Anscheinend hat er sich auch an Al Gore gewandt und diesen um seinen Rat und seine Hilfe gebeten. Obama sollte jedoch für seine Klimapolitik noch nicht zum Gewinner gekrönt werden. Er unterstützt die Kohleverflüssigungstechnologie genauso wie Clinton, hat aber seine Position dazu erst nach deutlichem Drängen der Umweltschützer klargestellt; jetzt befürwortet er diese Technologie nur, wenn dadurch über die Nutzungsdauer im Vergleich zu konventionellen Brennstoffen um 20 Prozent weniger Kohlendioxid emittiert wird. Da er aber aus Illinois stammt, einem wichtigen Faktor in der amerikanischen Kohleindustrie, muss man sich fragen, ob er nicht von den Interessensvertretungen, die nach Meinung

der Umweltschutzverbände nicht die besten Lösungen für den Klimawandel repräsentieren, beeinflusst werden könnte. So bemühte er sich z.B. darum, dass das erste amerikanische Kohlekraftwerk mit Nullemissionen, das sogenannte FutureGen-Projekt, in Illinois gebaut wird. Mit Interesse ist auch zu vermerken, dass er gegen eine im Repräsentantenhaus verabschiedete Gesetzesvorlage gestimmt hat, mit der das Bergbaugesetz aus dem Jahr 1872 reformiert werden sollte, das es den Bergbaugesellschaften erlaubt, ohne Abgabenzahlungen Bergbau zu betreiben und das ihnen keine Verantwortung für die Grubensanierung auferlegt. Vielleicht dachte er an den Kohlebergbau, als er erklärte, dass der Grund, warum er gegen dieses Gesetz gestimmt habe, der war, dass es eine erhebliche Belastung für den Bergbau bedeuten würde, der doch schon große Schwierigkeiten habe, seine Betriebe aufrechtzuerhalten. Seine stete Aufmerksamkeit gegenüber der Kohle- und Kernkraftindustrie führte inzwischen dazu, dass einige Umweltexperten Obamas Plänen mit Skepsis gegenüberstehen.

Obamas Wurzeln im amerkanischen Mittelwesten führen auch zu einer besonderen Begeisterung für Ethanol in all seinen Formen; der Senator hat bereits eine Reihe von Gesetzesvorlagen zu diesem Thema unterstützt. Das wie bei Clinton auch von ihm vorgeschlagene zehnjährige Investitionsprogramm über 150 Milliarden US-Dollar in die Forschung und Entwicklung der erneuerbaren Energien wäre für die Ethanolbranche zweifelsohne sehr hilfreich.

c. McCain

McCain verdient ein bisschen Lob, da er Republikaner ist und trotzdem an Grün Interesse hat. Er war gegen die Erdölexploration im *Arctic National Wildlife Refuge* [Nationalen Naturschutzgebiet in Alaska], und als er der Vorsitzende des Senatsausschusses für die Umwelt und staatliche Infrastrukturprojekte war, hielt er tatsächlich Anhörungen über den Klimawandel ab. Er ist für Ethanol, aber nicht für die staatlichen Subventionen dafür. Sein Held, der frühere Präsident Teddy Roosevelt, war der Überzeugung, dass es unsere patriotische Pflicht sei, die Naturressourcen, die Amerika für sein Leben braucht, zu schützen; McCain ist derselben Meinung. Er war sogar bereits im Jahr 2003 der Mitautor der ersten Gesetzesvorlage im Senat, die eine obligatorische Reduzierung der Treibhausgasemissionen vorschrieb. Leider ist es aber so, dass alle seine Vorschläge für die Umweltorganisationen nicht streng genug sind.

Nehmen wir z.B. die Kernenergie. Er befürwortet die Kernenergie als einen Weg zur Energieerzeugung ohne Treibhausgasemissionen. Er will sogar einen Teil der Gelder, die durch die Auktion von Emissionszertifikaten eingetrieben werden, für die Forschung und Entwicklung von neuen Kernkraftwerkstypen verwenden, oder will die Gelder als Kreditbürgschaften für Kernkraftwerke zur Verfügung stellen. Laut einer von der *U.S. Public Interest Research Group* durchgeführten Analyse könnte sich das auf mehr als 3,7 Milliarden US-Dollar in Bundessubventionen für neue Kernkraftwerke belaufen. Seine Position bezüglich der Kernenergie ist der einzige Grund, warum er noch nicht der Lieberman-Warner-Gesetzesvorlage im Senat zugestimmt hat.

Es gibt eine Reihe von anderen negativen Punkten in McCains Vergangenheit, die für einen Umweltschützer nicht wünschenswert sind. Einer seiner engsten Berater im Bereich Energie und Umwelt ist der ehemalige Verteidigungs- und Energieminister und frühere CIA-Direktor, James Schlesinger, der auch ein bekannter Klimaskeptiker und Lobbyist für Industrieinteressen ist. Im Jahr 2002 reichte er eine Gesetzesvorlage ein, mit der die Kraftstoffverbrauchsnorm bis 2016 auf 36 mpg angehoben worden wäre, doch hätte eine Lücke im diesem Gesetz es den Firmen ermöglicht, diesen Standard durch den Handel mit Treibhausgas-Credits um 10 Prozent zu reduzieren. Er versäumte

auch die Abstimmung über das 2007 vom Senat verabschiedete Energiegesetz, mit dem die Kraftstoffverbrauchsnorm bis 2020 auf 35 mpg angehoben wurde. Vor kurzem wurde McCain von Umweltvertretern unter Beschuss genommen, da er nur wenige Tage nach den Vorwahlen des Super Tuesday bei der Abstimmung über ein äußerst wichtiges Energiepaket, das eine Verlängerung der Steuergutschriften für die erneuerbaren Energieprojekte vorgesehen hätte, nicht im Senat anwesend war. Nachdem er in den Tagen vor dem Super Tuesday über die saubere Energie und den Klimawandel gesprochen hatte, hat sein Nichtabstimmen bei dem Anreizpaket vielleicht sein wahres Gesicht gezeigt. Brent Blackwelder, der Präsident der *Friends of the Earth Action*, wird wie folgt zitiert, „Als seine Anwesenheit am nötigsten war, war er nicht da. So ist man nicht geradlinig. Damit ist man kein Freund der Umwelt." Ob das nur eine Finte war, um seine klimapolitische Vergangenheit herunterzuspielen, oder nicht, bzw. ob es nur eine Fortsetzung seiner Praxis war, bei allen Senatsabstimmungen zu fehlen, ist unklar.

d. Huckabee

Huckabee steht voll und ganz für die Energieunabhängigkeit, wenn man das glauben kann. Er sagt sogar, dass seine erste Handlung als Präsident die sein wird, dem Kongress seinen Plan für Energieunabhängigkeit zu übersenden. Obwohl er an die wissenschaftlichen Erkenntnisse im Bereich des Klimawandels nicht glaubt, lehrt ihn sein religiöser Hintergrund, dass wir eine Verantwortung als Beschützer der Erde haben. Das heißt, dass wir die Ursache des Klimawandels, was immer das auch sein mag, beheben müssen. Er ist der einzige Kandidat, der die Erdölexploration im *Arctic National Wildlife Refuge* befürwortet, glaubt aber, dass die Amerikaner langfristig aus dem Öl aussteigen sollten. Er möchte die Innovation in der Erneuerbarenindustrie fördern, gibt aber keine Einzelheiten an, wie das erreicht werden soll, abgesehen von einem eigenen Forschungs- und Entwicklungshaushalt des Bundes. Er deutet auch an, dass er einen reinen marktbasierten Ansatz nutzen wird.

Im Jahr 2006 unterstützte er als Gouverneur von Arkansas sogar die Klimaforschung, die Entwicklung von emissionsverringernder Technologie und andere freiwillige Maßnahmen als Teil des Grundsatzprogramms zum Klimawandel der *National Governors Association*. Außerdem unterzeichnete er 2001 das Gesetz des Staates Arkansas über die Entwicklung der erneuerbaren Energien. Über Huckabees Klimaprogramm gibt es ziemlich wenige zusätzliche Informationen. Kurz gesagt ist Huckabee halt einfach in der Klimapolitik nicht gut informiert.

2. Die bisherige Bedeutung der Klimafragen

Während jeder der Kandidaten versuchte, sich selbst als führender Kandidat zu positionieren, und die Anzahl der potentiellen Kandidaten von etwa 15 auf 4 schwand, haben die Kandidaten gegenseitig die Klimapolitik und Klimaprogramme der anderen Mitbewerber angegriffen. Romney gewann die republikanische Vorwahl in Michigan vor McCain und Huckabee und erhielt daher die meisten Wahlmänner - ein Erfolg der nur dadurch möglich war, weil Romney McCain wegen seiner Unterstützung für effizientere Kfz-Motoren kritisierte, was seiner Meinung nach der U.S. Autoindustrie schaden würde - ein eher heikles Thema für den Standort der Drei Großen Automobilerzeuger in den USA. McCain und Romney debattierten in Florida auch über McCains Cap-and-Trade-Programm. Romney argumentierte, dass laut amerikanischer Umweltschutzbehörde (EPA) und der Energieinformationsagentur McCains Gesetzesvorlage einfach nur die Energiekosten auf fast 1000 US-Dollar pro vierköpfiger Familie hinauftreiben würde. Romney sagte, „Wir nennen es 'global warming', nicht Amerikas Erwärmung. Lasst uns

also nicht alleine eine Last übernehmen und die restliche Welt nicht ungeschoren davon kommen ohne dass sie sich hier beteiligen muss. Dies ist eine globale Aufgabe," und er nannte McCains Gesetz eine Steuer auf Benzin.

McCain kritisierte Romney wegen seiner Entscheidung als Gouverneur im Jahr 2003, die Teilnahme seines Staates Massachusetts an der regionalen Treibhausgasinitiative auszusetzen – einem Cap-and-Trade-Programm für den Nordosten der USA – weil angeblich die Kosten für seinen Staat zu hoch gewesen wären.

Aber es sind nicht nur die Kandidaten, die jeweils die Politik der anderen angreifen. Der New Yorker Bürgermeister, Michael Bloomberg, kritisierte die Kandidaten dafür, dass sie den Wählern nur das sagen, was diese hören wollen und dass sie nicht die Risiken oder Kosten des Klimawandels ansprechen, die seiner Meinung nach die wirkliche Problematik darstellen. Bloomberg plant die CO_2-Emissionen der Stadt New York bis 2030 um 30 Prozent zu reduzieren durch Initiativen wie etwa die Umstellung aller 13.000 Taxis bis 2012 auf Hybridfahrzeuge, oder die Anpflanzung von 1 Million Bäumen im Laufe der nächsten 10 Jahre.

3. Potentielle Einflussfaktoren

Die durch den Präsidentschaftswahlkampf allgemein generierte Begeisterung, Dramatik und Spannung hat noch lange nicht ihr Ende erreicht, da im Laufe der nächsten acht Monate noch zahlreiche Themen hochkommen könnten. Einige der möglicherweise bedeutenden Faktoren sind unter anderem:

Die Unterstützung durch Al Gore

Der frühere Vizepräsident in der Clinton-Administration und jetzige Klimaguru - und Nobelpreisgewinner - Al Gore hat bisher noch keinem Präsidentschaftskandidaten seine Unterstützung zugesagt. Wenn - oder falls – er sich entscheidet, wird das zweifelsohne die Glaubwürdigkeit der Klimapolitik des betreffenden Kandidaten stärken. Da er selbst ja der demokratischen Partei angehört, wird Gore höchstwahrscheinlich entweder Clinton oder Obama unterstützen, wodurch eventuell die langfristige Hass/Liebe mit Bill Clinton & Co. beendet werden könnte.

McCain und die konservativen Wähler

Bei den Republikanern sieht die Sache diesmal anders aus, da der führende Kandidat, McCain, linksliberaler ist als die Mehrheit der Konservativen das möchte. Es gibt die Besorgnis, dass McCains Einstellung zum Klimawandel dadurch gefährdet sein könnte, vor allem, falls er sich, um die konservativeren Wählerstimmen zu bekommen, dazu veranlasst sehen würde, seine Überzeugung zu verwässern und sich von seiner positiven Vergangenheit in der Klimapolitik abzuwenden. Als Romney aus dem Wahlkampf ausschied, räumte McCain ein, dass seine Haltung zu vielen Fragen nicht immer auf der gleichen Linie mit den Kernüberzeugungen der republikanischen Partei gelegen habe. Er sagte, „Es ist meine aufrichtige Hoffnung, dass selbst wenn Sie glauben, dass ich gelegentlich in meiner Argumentation als Mitglied der Konservativen im Irrtum war, Sie mir doch zugestehen würden, dass ich in vielen für uns alle wichtigen Bereichen eine konservative Tradition aufrechterhalten habe." Jetzt liegt es nach Meinung einiger an McCain, die Einheit in der republikanischen Partei wieder herzustellen.

Aber obwohl McCain das Lager der umweltfreundlichen Republikaner auf seiner Seite hat, einschließlich des kalifornischen Gouverneurs Arnold Schwarzenegger und Floridas Gouverneur Charlie Crist, hat McCain trotzdem die Unterstützung der drei führenden Republikaner des Repräsentantenhauses erhalten: des Minderheitsführers John Boehner aus Ohio, des parlamentarischen Geschäftsführers der Republikaner Roy Blunt aus Missouri, und des Fraktionsvorsitzenden Adam Putnam aus Florida. Er gewann sogar die Unterstützung seines früheren Kontrahenten Mitt Romney. Seine Position bezüglich des Klimawandels macht ihn stark: er ist attraktiv für die konservativen evangelikalen Gruppen, die die Meinung vertreten, dass wir als die von Gott ernannten Hüter der Erde die Verantwortung haben, das Klima zu schützen, ebenso wie er die konservativen Wähler anzieht, für die Verteidigungsfragen und die Energieunabhängigkeit wichtig sind. Er kann möglicherweise auch Linksliberale der Mitte für sich gewinnen, oder diejenigen die nicht dem Clinton-Lager angehören oder von der Obama-Manie erfasst wurden. Wenn McCain tatsächlich die Nominierung als Kandidat der Republikaner erhält, werden voraussichtlich die meisten Republikaner für ihn stimmen, da der Gegenkandidat jemand sein wird, dessen Grundphilosophie sich wesentlich stärker von ihrer unterscheidet. Der ganz rechte Flügel der Konservativen weiß auch, dass McCain keine Angst davor hat, seine eigene Meinung zu bestimmten Fragen zu ändern und hofft, dass angesichts der anderen wichtigen Prioritäten, die das Land zu bewältigen hat, McCain die Klimapolitik auf die Sparflamme setzen wird.

„Dirty Dozen"- Kongressabgeordnete

In der Kongresswahl 2006 standen 13 Kongressabgeordnete auf der „dirty dozen"-Liste der *League of Conservation Voters*' (LCV). Vor jeder Wahl gibt die LCV diese Liste von Abgeordneten heraus, die entweder gegen Umweltgesetze gestimmt haben oder die den umweltschädlichen Spezialinteressen (Kohle- und Ölindustrie) Vorschub geleistet haben. Die Wähler werden dann von dieser Gruppe auf das Abstimmungsverhalten ihrer Abgeordneten aufmerksam gemacht. 2006 verloren 9 von den aufgelisteten 13 ihren Sitz und als Bonus sind zusätzlich zwei Dutzend „schmutzige" Abgeordnete nicht mehr zur Wahl angetreten. In diesem Jahr stehen 3 Abgeordnete auf der Liste: der Abgeordnete Bob Schaffer (R-CO), Senator Jim Inhofe (R-OK) und der Abgeordnete Joe Knollenberg (R-MI). Die LCV wird die „dirty dozen"-Liste in den nächsten Monaten aktualisieren und auf 12 (oder mehr) Abgeordnete auffüllen.

Die Medien

Die Medien spielen eine herausragende Rolle in Bezug darauf, wie intensiv über Klimafragen berichtet wird. Als Al Gore 2000 gegen Bush kandidierte, erwähnte Gore die Fragen des Klimawandels nicht sehr oft. Er behauptet allerdings, es sei die Schuld der Medien gewesen, da sie zu diesem Thema keine Fragen gestellt hätten. Tatsächlich befassten sich laut Aussagen der *League of Conservation Voters* seit Januar 2007 von den 3.201 Fragen, die den Kandidaten von den fünf wichtigsten Moderatoren der Fernseh-Talkshows am Sonntag bei ihren Sendungen und in den Debatten gestellt wurden, nur 8 direkt mit der Frage des Klimawandels. Wolf Blitzer von der Sendung „*the Situation Room*" bei CNN stellte z.B. 481 Fragen, wobei sich nur 2 mit der Frage der Erwärmung der Erdtemperatur befassten und 4 weitere einen Bezug zum Klimawandel hatten. Wenn die Medien natürlich mehr Fragen zum Klimawandel stellen würden, müssten die Kandidaten sie auch beantworten.

Der amerikanische Mittelwesten: Wird er blau oder bleibt er rot?

In der Vergangenheit waren die WählerInnen im Mittelwesten konservativ und hatten daher wenig Interesse an Umweltfragen. Vor kurzem haben allerdings die im Mittelwesten befindlichen Staaten Illinois, Iowa, Kansas, Michigan, Minnesota und Wisconsin alle eine Vereinbarung zur Reduzierung der Treibhause, Förderung der Energieeinsparung und Bekämpfung des globalen Klimawandels unterzeichnet. In der Tat haben die Gouverneure vereinbart, dass bis 2030 bis zu 30 Prozent des Stroms der Region durch erneuerbare Energien erzeugt werden soll. Der Gouverneur von Iowa, Chet Culver, nannte diese Vereinbarung „eine großartige Chance für unser Land sich zusammenzufinden und die parteipolitischen Unterschiede zu vergessen, und international führend in diesem Feld zu werden." Könnte dies der Zeitpunkt sein, wo die WählerInnen im Mittelwesten den Klimawandel ernst zu nehmen beginnen, besonders da die Landwirte bereits durch die Dürre hart getroffen wurden? Es ist noch nicht klar, ob diese jüngsten Klimaentwicklungen eine Auswirkung auf den Präsidentschaftswahlkampf haben werden. Wenn die Wähler aber tatsächlich den Klimawandel ernst zu nehmen beginnen, könnten sie sich für eine von Obama und Clinton vertretene aggressivere Politik entscheiden anstatt das eher bescheidene Programm von McCain zu unterstützen.

Energieindustriespenden

In der Vergangenheit ging das Geld der Energieindustrie an die Republikaner, sodass McCain die meisten Spenden davon erhalten sollte. Die Berichte über 2007 zeigen jedoch, dass Clinton und Obama den Löwenanteil der Spendengelder erhielten, allerdings nur weil 2007 McCains Wahlkampf nicht griff; McCain wurde erst vor kurzem der führende Anwärter für die republikanische Kandidatur. Wenn die Erfahrung der Vergangenheit sich bewahrheitet, könnte McCain Millionen Dollar an Wahlkampfspenden erhalten, was seinen Wahlkampf noch stärken und ihm Auftrieb geben würde. Diese Gelder gibt es allerdings nicht ohne Bedingungen. Der/die EmpfängerIn setzt sich dem Verdacht aus, dass Spezialinteressensgruppen sein/ihr Ohr haben, in diesem Fall die Öl- und Gasindustrien.

Bill Clinton

Der frühere Präsident Bill Clinton ist durch die Schaffung seiner *Clinton Climate Initiative* seit kurzem zum Aktivisten im Bereich des Klimawandels geworden. Die Initiative arbeitet unter anderem mit der *C40 Large Cities Climate Leadership Group*, einem Verband von Großstädten, die gemeinsam gegen den Klimawandel arbeiten. Wird er für Hillary ein starkes Plus sein? Eine Meinungsumfrage des *Pew Research Center for the People and the Press* im Februar 2008 stellte fest, dass 41 Prozent der eingetragenen Wähler die Idee, dass Bill Clinton wieder im Weißen Haus sein würde, gut fanden, wobei allerdings ebenfalls 41 Prozent der Wähler diese Idee nicht befürworteten.

Präsidentschaftsdebatte über wissenschaftliche Fragen

Die für den 18. April geplante Präsidentschaftsdebatte über wissenschaftliche Fragen findet nur wenige Tage vor der Vorwahl in Pennsylvania statt. Vielleicht wird diese Debatte mehr Einblick darüber liefern, wie spezifisch und detailliert die einzelnen klimapolitischen Programme wirklich sind, da die 3 führenden Kandidaten mit einer Reihe von Wissenschaftlern über Themen wie etwa die Stammzellenforschung,

Finanzierung der Naturwissenschaften und den Klimawandel diskutieren werden. Die Debatte wird von der *National Academy of Science*, der *National Academy of Engineering*, dem *Institute of Medicine*, der *American Association for the Advancement of Science* und dem *Council on Competitiveness* gesponsert. Das Projekt wird auch von 15 Nobelpreisträgern, 97 großen Universitäten sowie anderen Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisationen unterstützt.

4. Schlussfolgerungen

Die potentiellen Einflussfaktoren zeigen, dass die Bedeutung des Klimawandels im Wahlkampf in der Zeit bis zum 4. November noch weiter steigen wird. Im Zuge der anderen bis einschließlich Juni geplanten Vorwahlen wird der Klimawandel in den weiteren Debatten und im Wahlkampf zu einem der drei wichtigsten Wahlthemen werden. Die Vorwahlen in Ohio und Pennsylvania sind von besonderer Bedeutung, da dies Staaten mit viel Schwerindustrie sind. Es wird viel spekuliert darüber, wie McCain die Angriffe von der Industrie in diesen zwei Staaten abwehren wird. Am 4. März findet die Vorwahl in Ohio statt und am 22. April in Pennsylvania. Die Parteikonvente der Republikaner und Demokraten finden anschließend am Ende des Sommers statt.

Der verbale Schlagabtausch unter den Kandidaten wird fortgesetzt werden: McCain kann darauf hinweisen, dass Clinton und Obama noch nie tatsächlich ein Klimagesetz verfasst haben, und sie können erwidern, dass sie viel stringentere Gesetze unterstützen und viel stärkere Politikprogramme haben. Die klimapolitischen Themen werden sich auf sofort mögliche Maßnahmen sowie auf die feinen Einzelheiten der Cap-and-Trade-Vorschläge konzentrieren.

Die Umweltexperten, Wissenschaftler und Wähler möchten gerne glauben, dass die Kandidaten in Bezug auf den Klimawandel ihre Absichten ernst meinen. Wir möchten gerne glauben, dass das Ziel bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgase um 80 Prozent ist. Versuchen die klimapolitischen Programme einfach alles grün zu übertünchen?

Hoffentlich nicht. Zumindest sollte das viele Gerede über den Klimawandel und die offensichtliche überparteiliche Unterstützung ein Aufruf für den Kongress sein, ein wichtiges Klimagesetz in diesem Jahr bzw. spätestens nächsten Januar zu verabschieden. Laut *League of Conservation Voters* erhielt der Kongress im Jahr 2007 ein Rating von 53 Prozent für die Verabschiedung von umweltfreundlichen Gesetzen, im Vergleich zu 48 Prozent für 2006. Obwohl der Klimawandel vielleicht während des Wahlkampfes nicht so stark, wie er es verdient, in den Medien auftaucht, besteht doch die Hoffnung, dass der Kongress ein Gesetz verabschieden wird, das der nächste Präsident dann unterzeichnet. Ja, die restliche Welt wird vielleicht endlich die Vereinigten Staaten in einer Führungsrolle in der Klimapolitik sehen. In einer von Harris durchgeführten Meinungsumfrage im Oktober 2007 waren 81 Prozent der bundesweit befragten Erwachsenen der Meinung, dass die USA als die führende Industrienation der Welt auch auf dem Gebiet der Kontrolle der Treibhausgasemissionen und der Umweltverschmutzung eine Führungsrolle übernehmen müsste. Im Rahmen der derzeit bereits in Amerika lokal stattfindenden Maßnahmen hat dieser Prozess auf der Ebene der Kommunen und Bundesstaaten bereits begonnen.

Ausgewählte Links:

Überblick über die Klimathemen im Wahlkampf: http://www.eenews.net/tv/2008/02/19/
Link zu Clintons Klimaprogramm: http://www.hillaryclinton.com/issues/energy/
Link zu Obamas Klimaprogramm: http://www.barackobama.com/issues/energy/

Link zu McCains Klimaprogramm:
http://www.johnmccain.com/Informing/Issues/65bd0fbe-737b-4851-a7e7-d9a37cb278db.htm
Link zu Huckabees Klimaprogramm:
http://www.mikehuckabee.com/?FuseAction=Issues.View&Issue_id=21

Anhang A

Thema	Clinton	Obama	McCain	Huckabee
Für Cap-and-Trade- System?	Ja, 80% bis 2050. 100% Auktions-zertifikate.	Ja, 80% bis 2050. 100% Auktions-zertifikate.	Ja, 65% bis 2050.	Ja. Keine Details.
Treibstoff-verbrauchsnormen für Kfz	Anhebung auf 40mpg bis 2020, 55mpg bis 2030.	Anhebung auf 40mpg bis 2020. Anhebung bei leichten LKW auf 32mpg bis 2020.	Keine Details, ist aber dafür.	Anhebung auf 35mpg bis 2020.
Erneuerbare Energien	25% d. US-Stroms aus erneuerbaren Energien bis 2025.	25% d. US-Stroms aus erneuerbaren Energien bis 2025. 30% d. staatl. Stroms aus Erneuerbaren bis 2030.	Dafür, aber keine Details.	15% d. US-Stroms aus „alternativen Quellen" inkl. sauberer Kohle und Kernkraft bis 2020.
Biokraftstoff	60 Mrd. Gallonen heimische Biokraftstoffe bis 2030 für die Kfz-Nutzung.	60 Mrd. Gallonen jährliche Biokraftstoff-erzeugung in den USA bis 2030. 36 Mrd. Gall. jährl. Erzeugung u. Verbrauch bis 2022.	Dafür, aber gegen Ethanolsubventio-nen.	Dafür. Keine Einzelheiten.
Kohle	Befürwortet saubere Kohle u. Kohleverflüssigung wenn dies über die Laufzeit um 20% weniger CO_2 ausstößt als konventionelle Brennstoffe.	Befürwortet saubere Kohle und Kohleverflüssigung falls dies über die Laufzeit um 20% weniger CO_2 ausstößt als konventionelle Brennstoffe.	Befürwortet Kohle zur Energie-erzeugung. Möchte sauberere Arten der Nutzung.	Befürwortet saubere Kohle u. Kohleverflüssigung als Brennstoffe.
Kernenergie	Größtenteils dagegen. Sagt die Lagerung u. Abfall sowie andere Probleme müssen zuerst gelöst werden.	Neutral- Kernkraft könnte Teil d. Energiemixes sein, aber Sicherheits- u. Endlagerungs-probleme sind von Sorge. Gegen große Kernkraftsubventionen.	Dafür.	Dafür.
Energienachfrage	Minus 20% bis 2020.			
Ausländ. Ölimporte	Reduzierung um 2/3 von dem erwarteten 2030 Niveau.	Reduzierung um 35 % bis 2030.		
Energieeffizienz		Verbesserung um 50% bis 2030.		

Quelle: http://www.grist.org/candidate_chart_08.html

US-Wahlen 2008 – Beginn einer neuen Ära in der Klimapolitik?

von Arne Jungjohann[2]

"They've never proposed any legislation. They've never been involved in any discussion or debate on that issue that I know of. I've been in a leadership role. That's dramatically different."

John McCain, republikanischer Kandidat für das Amt des US-Präsidenten, über seine Konkurrenten Hillary Clinton und Barrack Obama zum Thema Klimaschutz. [3]

Dass im Kampf um die US-Präsidentschaft der republikanische Kandidat seinen demokratischen Konkurrenten vorwirft, sie hätten im Gegensatz zu ihm beim Klimaschutz wenig zu bieten, wäre bis vor kurzem undenkbar gewesen. Doch hat sich mit Senator John MCain bei den Republikanern ein - wenn auch moderater - Überzeugungstäter in Sachen Klimaschutz durchgesetzt, der seinen Konkurrenten Barrack Obama und Hillary Clinton hier wenig Angriffsfläche bietet. Auch wenn der Klimaschutz keine der zentralen Auseinandersetzungen im Wahlkampf ist, spricht einiges dafür, dass mit der Präsidentschaftswahl im November 2008 eine neue Ära in der US-Klimapolitik eingeläutet wird. Im Text wird untersucht, welche Klimaschutzpolitiken auf der subnationalen Ebene in den letzten Jahren in den USA angestoßen wurden. Anschließend werden die politischen Kräfteverhältnisse und der Stand der aktuellen klima- und energiepolitischen Debatten im US-Kongress aufgezeigt. Im Ausblick wird skizziert, welche Konsequenzen für die US-Klimapolitik der nächsten Jahre zu erwarten sind und welche Auswirkungen dies auf das transatlantische Verhältnis und die internationale Klimapolitik haben wird.

1. Bundesstaaten und Städte als Vorreiter aktiver Klimapolitik

Eine *nationale* Klimapolitik hat in den letzten Jahren in den USA faktisch nicht stattgefunden. Nach der Ablehnung des Kyoto-Protokolls im Frühjahr 2001 hat die Bush-Regierung ihre Aktivitäten auf freiwillige Vereinbarungen und einzelne Technologieprogramme beschränkt – zuletzt mit der von den USA angestoßenen Initiative der Major Economies meetings, deren Sinn und Nutzen noch diskutiert werden. Statt den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz zu fördern, wurde den großen Energiemultis das Bohren nach Erdöl durch niedrigere Umweltstandards und großzügige Steuernachlässe erleichtert. Doch war dieser klimapolitische Stillstand weitgehend auf die föderale Ebene beschränkt.

Auf der regionalen und lokalen Ebene der USA ist die Unzufriedenheit mit der Politik des Weißen Hauses gewachsen. Dutzende von Bundesstaaten und Hunderte von Städten

[2] Der Autor ist Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung Washington DC und leitet dort das Programm Umwelt und Globaler Dialog.
[3] Interview am 13.2.2008 mit der Agentur *Greenwire*.
http://www.eenews.net/Greenwire/2008/02/13/archive/1?terms=mccain

und Gemeinden sind in das Vakuum einer US-weiten Klimapolitik gestoßen und haben Programme zum Klimaschutz aufgelegt. Die Bürgermeister von inzwischen mehr als 700 Städten haben sich im *U.S. Mayors Climate Protection Agreement*[4] freiwillig dazu verpflichtet, das Kyoto-Ziel der USA umzusetzen, bis 2012 ihre Emissionen um 7 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. In Boston müssen Neubauten den LEED-Standard[5] für energieeffizientes Bauen erfüllen, in Chicago ein Mindestmaß an Dachbegrünung vorweisen, um die Temperaturen und damit den Einsatz von Klimaanlagen zu senken. Spitzenreiter der Städte sind Portland und San Francisco, die frühzeitig umfassende Klimaprogramme auf den Weg gebracht haben. San Francisco wird das stadteigene Kohlekraftwerk bis zum Jahr 2012 durch Energieeinsparung und erneuerbare Energien ersetzen und will damit die CO2-Emissionen bis 2012 um 20 Prozent gegenüber 1990 senken. Und statt auf neue Kohlekraftwerke setzen die Energieversorger auf Einsparung. In Los Angeles drosseln die Stadtwerke Klimaanlagen von Privathaushalten, um teure Spitzenlasten in der nachfrageintensiven Mittagszeit zu vermeiden. Im Gegenzug erhalten die Kunden Rabatte auf den Strompreis.

Bei den Bundesstaaten ist einmal mehr Kalifornien ganz vorne weg, das seine Emissionen trotz Bevölkerungswachstum bis 2020 auf das Niveau von 1990 zurückführen und bis 2050 um 80 Prozent senken will. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2020 auf 33 Prozent steigen. Für mehr Effizienz im Verkehr wurden der Autoindustrie strenge Vorgaben gemacht, über deren Rechtmäßigkeit allerdings noch vor den Gerichten gestritten wird.

Andere Bundesstaaten ziehen mit. Mehr als 25 von ihnen haben in Abwesenheit nationaler Vorgaben Förderprogramme zum Ausbau von Wind-, Wasser- und Sonnenenergie aufgelegt. Mehr als drei Dutzend US-Bundesstaaten haben eigene Klimaschutzprogramme erarbeitet, mindestens sechs haben Anpassungspläne an den Klimawandel vorgelegt. Inzwischen gibt es drei Initiativen für regionale Emissionshandelssysteme mit absoluten Klimazielen - die *Regional Greenhouse Gas Initiative* (RGGI) an der Ostküste, die *Western Climate Initiative* (WCI) an der Westküste und der *Midwestern Regional Greenhouse Gas Reduction Accord*.[6] Diesen Initiativen sind mehr als 20 Bundesstaaten und mehrere kanadische Provinzen beigetreten, etliche weitere Staaten haben einen Beobachterstatus. Die Systeme sind noch im Aufbau und zeichnen sich durch zunächst moderate Reduktionsziele und einen Mindestanteil an Versteigerung der Zertifikate aus.

Die Bundesstaaten haben das vom Weißen Haus verursachte Vakuum genutzt, um in der Klimapolitik eigene Akzente zu setzen und dabei häufig auf Erfahrungen aus Europa zurückgegriffen. Ergebnis ist eine regulatorische Vielfalt in der Klimapolitik, die sich über kurz oder lang als problematisch erweisen dürfte und eine Grundsatzdebatte über die Frage der Kompetenzverteilung zwischen bundesstaatlicher und föderaler Ebene

[4] http://www.usmayors.org/climateprotection/agreement.htm
[5] Leadership in Energy and Environmental Design (LEED) ist ein freiwilliger Standard für umweltfreundliches Bauen. Siehe auch http://www.usgbc.org/
[6] http://www.pewclimate.org/what_s_being_done/in_the_states/regional_initiatives.cfm?preview=1

aufwerfen dürfte. Mit einer stärkeren nationalen Klimapolitik wird der Druck zunehmen, US-weite Regelungen zu treffen, die für alle Bundesstaaten gelten.[7]

2. Neue Mehrheiten, neue Prioritäten - Der US-Kongress als Antreiber einer progressiven Klima- und Energiepolitik

Anfang 2007 haben die Demokraten in beiden Kammern des US-Kongress die Führung übernommen. Ihre Sprecher, Nancy Pelosi (D-CA) im Repräsentantenhaus und Harry Reid (D-Nev) im Senat, hatten angekündigt, Klimaschutz und Energiesicherheit zur Priorität zu machen. Dies wurde durch die Besetzung wichtiger Schlüsselpositionen flankiert. Mit Barbara Boxer (D-CA) konnte der Vorsitz im Umweltausschuss des Senats neu besetzt werden, der zuvor durch den ausgewiesenen Klimaskeptiker James Inhofe (R-Okla)[8] blockiert war. Der Konservative Pete Domenici (R-N.M.) wurde vom Demokraten Jeff Bingaman (D-N.M.) als Vorsitzender des Energieausschusses abgelöst. Im Repräsentantenhaus wird der Vorsitz des Energie- und Umweltausschusses zwar von einem Demokraten angeführt. Doch schenkt der altgediente John Dingell den Interessen der in seinem Bundesstaat heimischen Automobilindustrie in Klima- und Umweltfragen besonderes Gehör. Im Wissen um diesen innerparteilichen Gegner einer progressiven Klimapolitik hat Nancy Pelosi die Einsetzung eines Sonderausschusses für Energieunabhängigkeit und Klimaerwärmung durchgesetzt. Ed Markey (D-Mass) führt diesen Ausschuss an, der zwar über keine gesetzgebende Kompetenz verfügt, jedoch die klimapolitische Debatte im Kongress über zahlreiche Anhörungen entscheidend mitbestimmt hat.

a. Nationale Energiepolitik – Mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Nach mehr als einem Jahr Debatte zwischen beiden Kammern und dem Weißen Haus wurde im Dezember 2007 ein Energiepaket verabschiedet, das die sich abzeichnende Neuausrichtung der Energiepolitik zum Ausdruck bringt. Erstmals seit rund 30 Jahren werden die Verbrauchsstandards für Autos (*CAFE*-Standards) angehoben, auf durchschnittlich 35 *MPG* in 2020.[9] Die Produktion von Ethanol soll bis 2022 verfünffacht und die Energieverbrauchsstandards für Kühlschränke, Waschmaschinen und andere Elektrogeräte angehoben werden. Die Umsetzung der Vorgaben soll bis 2020 rund 60 Großkraftwerke einsparen.

---

[7] Zur Frage des umweltpolitischen Föderalismus in den USA siehe auch Miranda Schreurs (2007): Environmental Federalism in the United States and the swing of the pendulum from the federal to the state level. http://www.aicgs.org/documents/pubs/polrep31.pdf

[8] James Inhofe wurde jüngst von der League of Conservation Voters auf Platz 1 der schwarzen Liste von Abgeordneten gesetzt, deren Wiederwahl in den Kongress über die schon bei den letzten Wahlen erfolgreiche Kampagne „The dirty dozen“ verhindert werden soll. Siehe auch http://www.lcv.org/newsroom/press-releases/page.jsp?itemID=36450457

[9] Der *Corperate Average Fuel Economy (CAFE) Standard* wurde 1975 als Reaktion auf die Ölkrise eingeführt. 35 MPG (Miles per Gallon) entsprechen einem Verbrauch von rund 6,7 Litern pro 100 Kilometer.

Die Energiepolitik von US-Präsident Bush hat sich in den letzten Jahren vorrangig auf die Ausweitung des Energieangebots konzentriert. Doch die Debatten über Energiesicherheit, Irakkrieg und Klimawandel überzeugen die amerikanische Öffentlichkeit und inzwischen auch etliche Republikaner von der Notwendigkeit, mehr Augenmerk auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu legen. Ohne das drohende Veto des US-Präsidenten wäre das Energiepaket ambitionierter ausgefallen. Aus der ursprünglichen Vorlage des Repräsentantenhauses[10] wurden entscheidende Elemente nicht übernommen: die Einführung einer landesweiten Erneuerbare-Energien-Quote von 15 Prozent an der Stromerzeugung, die Verlängerung von Steuererleichterungen für den Bau erneuerbarer Energien, die Abschaffung von Steuerprivilegien der Energiemultis in Milliardenhöhe sowie zusätzliche Technologie- und Klimaprogramme. Diese Fragen dürften spätestens in der nächsten Legislatur unter einem neuen Präsidenten wieder auf die Tagesordnung rücken.

b. Nationale Klimapolitik: Einstieg in den Emissionshandel rückt näher

Nach dem Abschluss des Energiepaketes gibt es ein zweites aktuelles Gesetzgebungsverfahren, das einen Wandel der US-Klimapolitik verdeutlicht. „America's Climate Security Act" (S. 2191), ausgearbeitet vom ehemals demokratischen Senator Joe Lieberman (I-Conn) und dem Republikaner John Warner (R-VA), hat die Einführung eines US-weiten Emissionshandels im Jahr 2012 zum Ziel. Mit ihm soll bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgase um knapp 60 Prozent gegenüber 1990 gelingen. Anfangs sollen rund ein Viertel aller Emissionsrechte versteigert werden. Dieser Anteil soll bis 2035 auf insgesamt 73 Prozent steigen. Die Einnahmen aus der Versteigerung sollen für Investitionen in klimafreundliche Technologien (CCS, Verkehr, Biomasse und auch Atom), ein Energiegeld für einkommensschwache Haushalte und die Anpassung an den Klimawandel in den USA verwendet werden.[11] Umweltverbände begrüßen den Gesetzentwurf, fordern aber weitere Verbesserungen. Sie drängen vor allem auf eine deutliche Ausweitung der Versteigerung und schärfere Reduktionsziele, die sich mit den Empfehlungen der Klimawissenschaft decken.[12] Teile der Versteigerungserlöse sollen in Klimaprojekte in Entwicklungsländer fließen.

Noch liegt viel Arbeit vor den Initiatoren des Gesetzentwurfes. Von den für eine Mehrheit erforderlichen 60 Stimmen im Senat fehlen rund 15 Stimmen. Die Unterhändler müssen durch Zugeständnisse an zögernde Senatoren mehr Stimmen einsammeln, ohne auf der anderen Seite bisherige Unterstützer zu verlieren. Viele Senatoren werden erst dann zustimmen, wenn Branchen ihres Heimatstaates über Sonderregeln für bestimmte Industriezweige begünstigt werden. Generell dürfte das Einziehen einer Preisobergrenze (*safety-valve*) und zusätzliche Vorteile für die Atomkraft weit oben auf der Wunschliste der Industrie stehen.[13]

---

[10] http://speaker.gov/pdf/energy73007.pdf
[11] http://lieberman.senate.gov/newsroom/release.cfm?id=285619
[12] Nach Berechnungen des World Resources Institut (WRI) ist der Vorschlag von Liebermann/Warner nicht ambitioniert genug, die Treibhausgase bis 2050 auf einem Niveau zwischen 450 und 550 ppm zu stabilisieren.
http://www.wri.org/climate/pubs_description.cfm?PubID=4343
[13] Der „America's Climate Security Act" ist einer von mehreren Gesetzentwürfen im Senat zur Einführung des Emissionshandels. Siehe auch
http://www.pewclimate.org/docUploads/110th%20Congress%20Economy-wide%20Cap&Trade%20Proposals%2001-30-2008%20-%20Chart_0.pdf

Damit der Gesetzentwurf in Kraft treten kann, müsste auch das Repräsentantenhaus die Vorlage beschließen und der amtierende Präsident das Gesetz unterschreiben. Ersteres ist wenig realistisch, letzteres undenkbar. Dennoch forcieren die Demokraten um Barbara Boxer (D-CA) im Senat das Tempo. Sie haben ein Interesse daran, sich als treibende Kraft beim Klimaschutz zu profilieren und den politischen Gegner als Verhinderer darzustellen. Beobachter werten die Gespräche im Senat aber auch als wichtige Trockenübung für den Ernstfall im nächsten Jahr, wenn ein neuer Präsident im Amt ist, der den Emissionshandels befürwortet.

Das Repräsentantenhaus hat sich aus Kapazitäts-, aber auch aus politischen Gründen noch nicht intensiv mit dem Emissionshandel beschäftigt. Zwar kann die demokratische Mehrheitsführerin Nancy Pelosi (D-Ca) bei Abstimmungen auf eine gewisse Parteidisziplin setzen. Doch sind zwei strukturell wichtige Positionen in den Ausschüssen durch Demokraten besetzt, die der Einführung des Emissionshandels skeptisch gegenüber stehen. John Dingell aus Michigan, der Heimat der amerikanischen Automobilindustrie, sitzt dem federführenden Energieausschuss vor. Sein Parteikollege Rick Boucher führt den Unterausschuss für Luftqualität an. Dessen Wahlkreis in Virginia ist das größte Kohlegebiet der USA. An beiden Abgeordneten und ihren Ausschüssen führt kein Weg für ein Klimagesetz vorbei.

Selbst wenn die Vorlage im Senat und dem Repräsentantenhaus eine Mehrheit erhalten sollte, ist es unwahrscheinlich, dass das Klimagesetz in 2008 verabschiedet wird. Spätestens mit dem Veto von George W. Bush dürfte der Knock-out kommen. Doch sind die momentanen Beratungen ein guter Testlauf für eine spätere Einigung im nächsten Kongress mit einem neuen Präsidenten.

3. Bedeutung des Klimaschutzes im Wahlkampf nimmt zu

Das Thema Klimaschutz wird im Wahlkampf um die US-Präsidentschaft vermutlich keine zentrale Rolle spielen. Trotz Al Gore's auch in den USA viel beachteten *An Inconvenient Truth* und der gestiegenen Aufmerksamkeit für den Klimaschutz im Allgemeinen stehen andere Themen momentan weiter oben auf der Agenda vieler Wähler und Journalisten. In diesen Fragen - Gesundheitspolitik, Irak-Krieg, Wirtschaft - unterscheiden sich die Konzepte der Kandidaten deutlicher. Hinzu kommt, dass anders als bei früheren Wahlen dem republikanischen Kandidaten John McCain (R-AR) keine klimapolitische Ignoranz vorzuwerfen ist. Dennoch ist der Klimaschutz auf der politischen Agenda im Vergleich zu vor vier Jahren weit nach oben gerutscht. Keiner der Kandidaten kann es sich dieses Mal leisten, ohne eine energie- und klimapolitische Strategie anzutreten. Die Auseinandersetzung hierüber dürfte im bald folgenden Zweikampf zwischen den zwei verbliebenen Kandidaten an Intensität gewinnen.

Welche Positionen vertreten die verbliebenen Kandidaten zum Klimaschutz? Auf republikanischer Seite genießt John McCain durch seinen schon in 2001 in den Senat eingebrachten Vorschlag für ein cap-and-trade-System eine gewisse Glaubwürdigkeit beim Klimaschutz. Aus zweierlei Gründen wird von demokratischer Seite dennoch versucht werden, ihn anzugreifen. Zum einen ist sein jüngstes Abstimmungsverhalten im Senat zu Umwelt- und Klimathemen nach Zählung der Umweltverbände durch und

durch anti-ökologisch.[14] Zum anderen hat er programmatisch wenig zu bieten und setzt auf den Ausbau der Atomkraft. Gleichzeitig gilt er für viele republikanische Wähler als zu progressiv in Umweltfragen und dürfte aus strategischen Gründen im weiteren Wahlkampf eine wirtschaftsfreundlichere Tonlage anschlagen.

Im Vergleich zu McCain können die beiden Kandidaten der Demokraten als umwelt- und klimapolitisch ambitioniert eingestuft werden. Im direkten Vergleich schneidet Hillary Clinton besser ab. Ihr klimapolitisches Konzept[15] ist das konkreteste. Beim Emissionshandel setzt sie wie Obama auf ambitionierte Ziele (minus 80 Prozent bis 2050 gegenüber 1990) und eine vollständige Versteigerung der Zertifikate. Ihre politische Erfahrung wird als Vorteil dafür gewertet, dass sie die USA erfolgreich in den UN-Klimaprozess zurückbringen kann. Barrack Obama hingegen ist in seinen Positionen nicht frei von Widersprüchen. Zwar weiß er um die Bedeutung des Themas für die demokratische Wählerschaft. Doch hat er als Senator aus Illinois häufiger die Interessen der heimischen Kohleindustrie vertreten. Umweltverbände tragen ihm nach, dass er sich zunächst unkonditioniert für den klimaschädlichen Einsatz von Kohle-zu-Treibstoff (coal-to-liquid, CTL) eingesetzt hat. Auch sieht Obama einerseits die Nutzung der Atomkraft als notwendiges Übel einer klimaverträglichen Energieversorgung an. Andererseits spricht er sich klar gegen das umstrittene atomare Endlager in Nevada aus. Ingesamt sind seine Aussagen zum Klimaschutz allgemeiner und weniger konkret.[16]

4. Ausblick: Die Wahl 2008 leitet eine neue Ära in der US-Klimapolitik ein

Welche energie- und klimapolitischen Initiativen in diesem Jahr im Kongress noch ernsthaft verfolgt werden, wird vor allem durch wahltaktische Motive entschieden. Allen voran die Demokraten rechnen sich gute Chancen aus, mit Klimapolitik im Wahlkampf zu punkten. Dies gilt sowohl für die Wahl um die Präsidentschaft, als auch für die Wahlen zum Repräsentantenhaus und den Senat.[17] Einige altgediente Abgeordnete der Republikaner haben angekündigt, für den nächsten Kongress nicht mehr zu kandidieren. Der zu erwartende Generationenwechsel wird dazu beitragen, dass klimapolitische Initiativen bessere Erfolgsaussichten haben werden.

So wie viele Bundesstaaten und Städte hat auch der US-Kongress mit seinen Aktivitäten in den letzten Jahren den Boden dafür bereitet, dass die nächste Regierung das nachholen kann, was unter George W. Bush in Sachen nationaler Klimaschutz versäumt wurde. So ist sehr wahrscheinlich, dass 2009/2010 ein Gesetz zur Einführung des Emissionshandels beschlossen und eine US-weite Erneuerbare-Energien-Quote eingeführt wird. Die seit 2005 geltenden Steuererleichterungen für Energiemultis dürften unter einem demokratischen Präsidenten mindestens in Teilen wieder abgeschafft werden. Insgesamt ist absehbar, dass mit der Wahl des US-Präsidenten eine neue Ära im US-Klimaschutz eingeleitet wird.

---

[14] http://lcv.org/scorecard/2007.pdf
[15] http://www.hillaryclinton.com/files/pdf/poweringamericasfuture.pdf
[16] Fuer einen Vergleich aller Kandidaten siehe: http://www.lcv.org/voterguide/ und http://www.brookings.edu/~/media/Files/rc/papers/2008/0129_climate_change_antholis_opp08/IssueIndex_climate_change_antholis_20080207.pdf
[17] Die 435 Abgeordneten des *House of Representatives* werden alle zwei Jahre neu gewählt. Senatoren werden für sechs Jahre gewählt. Alle zwei Jahre wird ein Drittel der 100 Senatoren neu gewählt.

Auf die internationalen Klimaverhandlungen wird sich ein Wechsel im Weißen Haus positiv auswirken. Doch soll davor gewarnt sein, die Erwartungen zu hoch zu schrauben. In den USA wächst zwar die Einsicht, dass das Land nicht länger als Zuschauer am Rande stehen kann. Zudem ist zu erwarten, dass eine neue US-Regierung die Klimapolitik als strategisch wichtiges Politikfeld entdeckt, um die transatlantischen Beziehungen und das Ansehen der USA weltweit zu verbessern. Andererseits wird jeder künftige US-Präsident einem neuen Klimavertrag nur dann zustimmen, wenn großen Entwicklungsländern wie China und Indien ebenfalls Verpflichtungen zum Klimaschutz abverlangt werden. Im Detail gehen die Vorstellungen, welche Art von Verpflichtungen dies sein sollen, auseinander. Doch ist diese Forderung parteiübergreifender Konsens und Voraussetzung dafür, dass auch im Senat, der alle völkerrechtlichen Verträge ratifizieren muss, eine Mehrheit erreicht wird. Eine zweite Hürde für die Einbindung der USA in einen neuen Klimavertrag wird das zu vereinbarende Minderungsziel sein. Der durch die Klimakonferenz in Bali vorgebenene Korridor sieht Reduktionsziele zwischen 25-40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 für Industrieländer vor. Demgegenüber ist davon auszugehen, dass im US-Klimagesetz das Ziel für 2020 weniger ambitioniert ausfallen wird. Der jetzige Vorschlag sieht ein Minderungsziel von minus 19 Prozent bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 2005 vor. Eine neue US-Regierung steht zudem vor der simplen Herausforderung, unter einem enormen Zeitdruck in die Abschlussverhandlungen in Kopenhagen über einen neuen Klimavertrag einzusteigen. Mitarbeiter der Administration müssen ausgewechselt, inhaltliche Positionen abgestimmt werden. Für eine spätere Ratifizierung ist es zudem zwingend, dass sich die Regierung mit dem Senat über die Rolle der USA in einem neuen Klimavertrag abstimmt.